

DIE LINKE. Sachsen

Landesvorstand

Niederschrift der Landesvorstandssitzung vom 16. Januar 2015

Ort: HdB, Dresden

Anwesende Mitglieder:

Fabian Blunck (ab 17:30), Sarah Buddeberg, Cornelia Falken, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Jayne-Ann Igel, René Jalaß, Susanna Karawanskij (ab 17:30), Heiko Kosel, Silvio Lang, Tilman Loos, Sabine Pester, Heinz Pingel, Kevin Reißig, Michaela Vogel, Dagmar Weidauer

Entschuldigte Mitglieder:

Verena Meiwald, Heiko Rosenthal, Efstathios Soudias, Juliana Zybul, Claudia Jobst

Gäste / MitarbeiterInnen:

Falk Neubert (MdL), Thomas Dudzak (MA Öffentlichkeitsarbeit)

Niederschrift:

Doreen Marz-Schäffner, Robert Wünsche

Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Protokolle zur Information:

Drucksachen:

DS_4_001-2_Vorschlag_Geschaeftsordnung_LaVo
DS_4_229_Terminänderungen_2015
DS_4_230_Kostenübernahmeantrag_ATZ_Karich_Reinsch
DS_4_231_Information_Finzen
DS_4_232_Personalplanung_2015
DS_4_233_Beteiligung_Sommerakademie_2015
DS_4_234_Entsendung_Kommission_Pol_Bildung
DS_4_235_Wiederbelebung der Arbeitsgruppen
DS_4_236_Konferenz_Vorbereitung_Zukunftswocbe
DS_4_237_Arbeitsplan_LaVo_2015
DS_4_238_Übersicht_LwZ_Sachsen
DS_4_239_Solidarisierung MdB Gohlke_SL Sachsen
DS_4_240_Finanzantrag_Gründung LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik
DS_4_241_Mentoring_2015_16
DS_4_244_Pegida_Positionierung
DS_4_245_Unterstützung_bundesweite_Kampa_Das_Muss_drin_sein
DS_4_246_Information_Zeitung_LINKS

Umlaufmappe:

- Courage – Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V. „Mit Begeisterung für Toleranz und Demokratie
- „Linker Blick“/“Der Vogtlandbote“ 11/2014 – KV Zwickau & Vogtland
- „Linker Blick“/“Der Vogtlandbote“ 12/2014 – KV Zwickau & Vogtland
- „Linker Blick“/“Der Vogtlandbote“ 1/2015 – KV Zwickau & Vogtland
- „Der klare Blick“ Dez. 2014 – SV Chemnitz
- „Mittelsächsischen Linksworte“ Nov. 2014 – KV Mittelsachsen
- „Mittelsächsischen Linksworte“ Dez. 2014 – KV Mittelsachsen
- „MiB Mitteilungsblatt“ Okt. 2014 – SV Leipzig
- „MiB Mitteilungsblatt“ Nov. 2014 – SV Leipzig

- „DIE LINKE im Elbland“ Juli/Aug. 2014 – KV Meißen
- Schreiben des SprecherInnenrates der Sozialistischen Linken an die Parteivorsitzenden
- „Leipzigs Neue“ Dez. 2014
- „DISPUT“ Nov. 2014 - Mitgliederzeitschrift DIE LINKE
- „DISPUT“ Dez. 2014 - Mitgliederzeitschrift DIE LINKE
- „Bulletin – Geraer Sozialistischer Dialog“ Nov. 2014
- „Mitteilungen der KPF“ 1/2015
- „Landesinfo Baden-Württemberg“ Nov. 2014 DIE LINKE Baden-Württemberg
- „Landesinfo Baden-Württemberg“ Dez. 2014 DIE LINKE Baden-Württemberg
- „RosaLux“ 3/2014 – Rosa-Luxemburg-Stiftung
- „Arbeiterstimme“ Winter 2014 - Zeitschrift für marxistische Theorie & Praxis
- „ISOR aktuell“ 11/2014
- „Berliner Republik“ 6/2014 – Das Debattenmagazin
- „Change“ 4/2014 Das Magazin der Bertelsmann Stiftung
- „Kommunal“ 12/2014
- Weihnachtspost
- „Meine Heimat ist der Unrechtsstaat“ Klaus Glaser

Tagesordnung:

1.	Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung / Bestätigung der Protokolle vom 14. - 16. November 2014
2.	Aktuelles
3.	Bericht über die Arbeit im Rundfunkrat und zu Medienpolitik
4.	Pegida in Dresden - eine erste Debatte und Positionierung
5.	<u>Beschlusspunkte ohne Debatte:</u>
	Antrag der LAG Behindertenpolitik iG
	Kampagne "Das muss drin sein"
	Antrag auf Kostenübernahme Ruhephasen ATZ
	Terminänderungen 2015
6.	Vorbereitungskonferenz Sachsen für die Zukunftswache
7.	Jahresabschluss 2014 / Finanz- und Stellenplanung 2015 - Erste Diskussion / Umsetzung Finanzplanung
8.	Arbeitsplan des Landesvorstandes 2015
9.	Sonstiges: Umsetzung Entscheidungen Links!; Regionalprinzip der Abgeordneten; Info zu Schiedsverfahren; SL Sachsen
10.	Übersicht über die Landesweiten Zusammenschlüsse zum 31.12.2014
11.	Änderung der Geschäftsordnung des Landesvorstandes
12.	Entsendung Kommission politische Bildung / Wiederbelebung Arbeitsgruppen
13.	Vorbereitung Satzungskonvent / Satzungszwischenkonferenz
14.	Sommerakademie 2015 und Mentoringprogramm

TOP 1 – Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung / Bestätigung der Protokolle der Klausurtagung vom 14. – 16.11.2014

Vorschlag: aufgrund der umfangreichen TO wird vorgeschlagen, die möglicherweise nicht behandelten Drucksachen im Umlaufverfahren zu beschließen → keine Einwände

Die Tagesordnung und die Protokolle werden einvernehmlich bestätigt.

vorgezogener TOP 3 – Bericht über die Arbeit im Rundfunkrat und zu Medienpolitik

MdL Falk Neubert berichtet. (Präsentation abfordern und Inhalte bestätigen lassen)

- Überblick über MDR Rundfunkrat, sächsische Landesmedienanstalt und aktuelle Debatten
- MDR ist die einzige Medienanstalt die 100% ostdeutsch ist – „Stimme des Ostens“ (Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt)
- großes Unternehmen, mit ca. 680 Millionen Euro Umsatz im Jahr; 2000 festangestellte MitarbeiterInnen und 2000 freie MitarbeiterInnen
- Informationen zum Organigramm; 8 DirektorInnen unter der Intendantin
- der Rundfunkrat und im Speziellen die Landesgruppe Sachsen des Rundfunkrates ist stark CDU dominiert; nur 3 von 16 VertreterInnen sind links (Heiko Hilker, Falk Neubert, Dirk Panther); Führung durch einen Berliner Staatssekretär; MDR Rundfunkrat hat mit Abstand die wenigsten Frauen in einer öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalt; in der Landesgruppe Sachsen gibt es derzeit nicht eine Frau
- Zusammensetzung des Rundfunkrates: von Parteien entsandte PolitikerInnen, festgeschriebene gesellschaftliche Institutionen (nach dem MDR Staatsvertrag formuliert); 8 Personen die von den Landtagen entsandt werden (Landtage wählen Vereine, Institutionen die sich wiederum dafür bewerben, bei entsprechenden Mehrheiten wird eine Person entsandt)
- Rundfunkrat ist damit keine Ansammlung von MedienpolitikerInnen; Perspektiven der gesellschaftlichen Gruppen repräsentieren
- Verwaltungsrat innerhalb des MDR
- Falk Neubert wurde durch die Partei entsandt; die Fraktion hat das Jugendbildungswerk vorgeschlagen (Heiko Hilker)
- Sächsische Landesmedienanstalt: hier werden sich Änderungen ergeben
- Aufgaben: Zulassung/Kontrolle von Frequenzen, von privaten, nichtkommerziellen/freien Radios; medienpädagogische Themen; Programm- und Technikförderung, ist mit 6,5 Millionen Euro finanziert (davon 1,989 % des Rundfunkbeitrages)
- Versammlung der SLM wird im nächsten Jahr neu zusammengesetzt; Überlegung Jule Nagel zu entsenden
- Medienrat wird 1 – 2 Jahre später neu zusammengesetzt; vom Landtag gewählt; hier müssen wir schauen, dass wir in der 2/3 Mehrheit drin bleiben
- aktuelle Themen: Änderung Rundfunkstaatsvertrag (Beitragsabsenkung); ZDF Staatsvertrag (Bundesverfassungsgericht hat erklärt, auf Klage hin, dass die Aufsichtsgremien des ZDF zu parteinah strukturiert sind, hier soll es Richtlinien geben); Jugendmedienschutzstaatsvertrag formal sind die Länder zuständig (wird möglicherweise abgelehnt); Umgang mit Medienrundfunkmehreinnahmen; MDR Staatsvertrag (Anpassung an das Urteil zum ZDF Staatsvertrag)

Nachfragen:

- Welche Rolle spielt in den Räten/Gremien und in der Fraktion das Thema Publikumsbeirat? → Offenheit hinsichtlich der Forderungen; es gibt keine institutionalisierte Zusammenarbeit
- Wird es neue Leute in den Gremien geben (bspw. über Thüringen entsandt) die das Spektrum der humanistischen oder atheistischen Verbände abdeckt? → wichtig ist, dass es VertreterInnen sind, die mit einer linken Perspektive agieren; der möglicherweise symbolische Akt, jemanden zu entsenden mit einer atheistischen Perspektive, ist nur bedingt hilfreich; gruppenspezifische Prozesse sollten links sichergestellt werden
- Stand bzgl. der Berücksichtigung der SorbInnen bei der Entsendung? – wurde bereits diskutiert; es geht in erster Linie um Eignungen und Mehrheiten; diesbezüglich derzeit reduzierter Diskurs

TOP 2 – Aktuelles und TOP 4 – Pegida in Dresden - eine erste Debatte und Positionierung DS 4 – 244 gemeinsam behandelt

Rico Gebhardt:

- Ministerpräsident Thüringen Bodo Ramelow – neue Herausforderungen; in den nächsten Wochen wird die sächs. Fraktion versuchen Kontakt mit der Staatskanzlei und den Ministerien herzustellen, um eine Kooperation/abgestimmte Kommunikation anzustreben;
- neuer Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag (Wadenbeißer uns gegenüber) Frank Kupfer; diskreditiert u.a. Ramelow; SPD stimmt beim Winterabschiebestopp Flüchtlinge aus Koalitionsdisziplin zwar zu; kündigt aber vorher an eigentlich dagegen zu sein

- PEGIDA und Ableger: niemandem, inkl. den OrganisatorInnen, war klar was damit in Gang gesetzt wurde und keiner hat einen Plan, was dagegen zu machen ist; es gibt keinerlei (Organisations-)Strukturen innerhalb der Gruppierung
- Gründe der Teilnehmenden sind ganz unterschiedlich; unterschwellig ist allen klar, dass es nicht nur um die Islamisierung oder AsylbewerberInnen geht; es geht um eine Spannweite ganz unterschiedlicher Politikfelder die wir alle kennen (Soziales; Bildung; usw.)
- unsere Kommunikation war, zu benennen, was passiert; TeilnehmerInnen laufen Rassisten hinterher
- CDU spielt nun Feuerlöscher, nachdem sie die jahrelang Brandstifter waren
- Wie gehen wir damit um? Was tun wir?
- in Dresden gibt es zwei Bündnisse, die aktiv miteinander vernetzt sind: Bündnis Dresden nazifrei & Bündnis Dresden für alle
- Dresden agiert nicht geschlossen, weil Stadtgesellschaft gespalten ist; Kommunikation für Stadtverband ist schwierig;
- es ist schwierig für uns BündnispartnerInnen zu finden, denn die sind sich auch nicht einig
- es gibt eine gewisse Radikalisierung bei den PEGIDA-Demonstranten; Polizei kann dies nicht mehr unter Kontrolle halten, weil die Mobilisierung der Gegendemonstranten zu groß ist; Kapazität der Polizei ist endlich
- Bitte des gf. LaVo heute Abend dazu per Beschluss zu positionieren

Silvio Lang ergänzt:

- am 26.1.2015 große Demo und Gegendemo in Dresden; es werden insgesamt ca. 80 Tausend DemonstrantInnen erwarten
- Gegendemonstrationen in anderen Städten (außer Dresden) funktionieren; die Etablierung der Pegida außerhalb von Sachsen ist gescheitert
- kontinuierliche Mobilisierung der Gegendemos notwendig
- Nazidemo am 13.2. spielt im Rahmen der PEGIDA Demos keine Rolle....

Aus der Diskussion:

- vorliegendes Papier ist auf DD zugeschnitten; in Lpz. sieht es anders aus; wenn sich Bundesprominenz der LINKEN zum Thema äußert, dann sollten sie auch vor Ort dabei sein; wir dürfen unsere Dresdner Abgeordneten nicht hängen lassen; unsere Positionierung ist dringend notwendig
- massive Unzufriedenheit der Bevölkerung; wir sind keine AnsprechpartnerIn für die DemonstrantInnen; zusammengegoogelter Nationaldarwinismus
- auf Konkretes eingehen; trotz nazistischer Positionen gehen die Leute hin; auf Gegendemos zu setzen, ist die falsche Herangehensweise
- die rassistische Einstellung ist in der gesellschaftlichen Mitte stark verbreitet; vorherrschende Opfermentalität lässt sich auf verschiedenen Ebenen ausbreiten
- die Studie der TU Dresden verharmlost die Situation; sollte von uns nicht geteilt werden; in Leipzig ist die Situation keine andere (rassistische Übergriffe sind dort höher also anders wo)
- es gibt Äußerungen, dass die Politik der LINKEN zum Erfolg der PEGIDA führte; diejenigen, die so etwas äußern, sollten im LaVo dazu Stellung nehmen
- Solidarität mit den Dresdner GenossInnen dringend notwendig – gehen seit Wochen montags auf die Straße
- Gregor Gysi für den 26.01. einladen, er zieht BürgerInnen, so kann man ins Gespräch kommen
- Bundesregierung positioniert sich nicht; Anti-Pegida-Aufruf von MigrantInnen im Bundestag fraktionsübergreifend, allerdings ohne CDU, was bezeichnend ist
- wir müssen uns abgrenzen, von CDU und PEGIDA; unser Politikangebot muss eine Brücke sein
- jetzt wollen die MedienvertreterInnen mit dem Bündnis sprechen; damit kann sich positioniert werden, können Kontakte aufgebaut werden; bzgl. des Todes des Eritreers gibt es zum jetzigen Zeitpunkt keinen Beweis für einen rassistischen Mord, hier vorsichtig mit Äußerungen sein, die könnten uns auf die Füße fallen
- Novum: gesellschaftspolitische Themen kommen von rechts; dieses Feld haben wir mutlos anderen überlassen
- PEGIDA wird offensichtlich professioneller, hier müssen irgendwoher Gelder fließen
- Bodo Ramelow wäre als Prominenz inhaltlich auch denkbar

Vorschlag zur Änderung des Beschlussvorschlages:

- 3. Pegida ist *bisher* als bundesweite Bewegung gescheitert.

- Eine Ausbreitung der Märsche auf andere Städte ist in ~~jeder anderen Großstadt~~ in Deutschland durch eine überwältigende Zahl an Gegendemonstrant_innen *fast überall* unterbunden worden.
 - weil es zeigt, dass der politische Diskurs in Deutschland, anders als 1992, ~~deutlich stärker~~ zu Gunsten der Rechte von....
 - **Als Landesvorstand der LINKEN Sachsen rufen wir deshalb alle Genoss_innen unserer Partei auf, so es ihnen möglich ist, die Proteste gegen Pegida in Dresden zu unterstützen.** *Wir werden eigene Gesprächsangebote unterbreiten u.a. für Demokratie- und Flüchtlingsinitiativen.*
- Vorschläge sind Konsens

Antrag: Zwischenüberschrift „Was also ist zu tun?“ streichen → 7 / 9 / 0 abgelehnt

Schlussabstimmung: bei einer Enthaltung beschlossen

TOP 5 – Beschlusspunkte ohne Debatte:

Antrag der LAG Behindertenpolitik iG DS 4 – 240 → einvernehmlich beschlossen

Kampagne "Das muss drin sein" DS 4 – 245 → einvernehmlich beschlossen

Antrag auf Kostenübernahme Ruhephasen ATZ DS 4 – 230 → einvernehmlich beschlossen

Terminänderungen 2015 DS 4 – 229 → einvernehmlich beschlossen

TOP 6 – Vorbereitungskonferenz Sachsen für die Zukunftswoche DS 4 – 236

Jayne-Ann Igel:

- Grundfragen: Wo verortet sich DIE LINKE in der Gesellschaft? Welchen Einfluss hat DIE LINKE innerhalb der Gesellschaft? Für welche Schwerpunkte steht DIE LINKE? Welche Bewegungen haben einen Einfluss auf DIE LINKE und andersherum?
- auf dem sächsischen Kongress sollen Unterthemen behandelt werden (Prekarisierung, Möglichkeit linker Transformationsprozesse unter Bedingungen des Marktes, Möglichkeiten für DIE LINKE als Gestaltungskraft)

aus der Diskussion:

- Feedback für freie Themen möglich (bis März), einzureichen in der Landesgeschäftsstelle
- Workshopthemen sollten präzisiert werden, damit nicht über 'Gott und die Welt' diskutiert wird → nimmt Jayne-Ann mit in die Grundsatzkommission
- Infos in der Landeszeitungen der nächsten Ausgabe

→ einvernehmlich beschlossen

TOP 7 – Jahresabschluss 2014 / Finanz- und Stellenplanung 2015 - Erste Diskussion / Umsetzung Finanzplanung DS 4 – 231 / DS 4 – 232

Heinz Pingel:

- Finanzplan, Stellenplan, Vermögensübersicht, Planungsübersicht für die landesweiten Zusammenschlüsse werden dem sogenannten 'Kleinen Parteitag' vorgelegt
- es gibt Mehreinnahmen
- insgesamt gibt es ein Defizit; Parteitage sind teurer geworden
- höhere Mitgliedsbeiträge (Umstellung auf Lastschriftverfahren) und höhere Spendeneinnahmen (MandatsträgerInnen-Spenden durch Wahlkampfkosten-Rückkosten) wieder eingeplant
- 3 Kreisverbände haben geplant mehr Geld auszugeben, als einzunehmen (wegen OB-Wahlen); in der Summe ist ein Überschuss geplant, obwohl die KreisschatzmeisterInnen zurückhaltend geplant haben
- Beitragsrückgang ist geringer als Mitgliederrückgang; die geplanten Einnahmen sind richtig angenommen
- dort, wo angesprochen wurde, die Beiträge zu erhöhen, hatte dies positive Effekte
- es ist zukünftig davon auszugehen, dass weiter Kosten eingespart werden müssen

- es ist unwahrscheinlich, dass beim Personal noch gespart werden könne; MitarbeiterInnen-Zahl im LV Sachsen (als größter LV) ist die Geringste in Ostdeutschland
- Aufteilung der Beitragseinnahmen ist zu überdenken: Neuregelung '3 % von den KVs an LV & dafür Kostenübernahme des LV für Fahrt-/Übernachungskosten von Parteitag und Co., ...' geht nicht mehr auf

Antje Feiks ergänzt:

- Defizit 2014 ist für alle sehr überraschend gekommen; wir haben uns offensichtlich nicht genug mit der Finanzplanung auseinandergesetzt, das muss sich ändern; 2015 muss es entsprechende Maßnahmen geben
- momentan werden 30.000 EUR weniger in den zentralen Wahlkampffond eingezahlt; Debatte notwendig, ob wir das beim nächsten Wahlkampf wollen; wollen wir 2019 auf dem Niveau von 2014 Wahlkampf führen, das muss jetzt hinterfragen/entschieden werden
- es gibt noch eine Differenz in der Vorlage
- wir müssen stärker auf die Einhaltung der Finanzordnung drängen; z.B. müssen Kosten für Kongressteilnahmen (Fahrt-/Übernachungskosten) beantragt werden, statt nachher mit der Rechnung zu kommen
- wir müssen die 3%-Regelung bei der Finanzverteilung überdenken und ggf. eine Neuaufteilung (anhand der realen Kosten) vornehmen
- Finanzplanung muss real sein
- eine neue Besetzung der EDV-Stelle ist notwendig
- die Stellenbeschreibungen werden derzeit überarbeitet
- Gelder für politische Arbeit im Vergleich zu 2014 reduziert; zu Vorjahren 40.000 – 60.000 Euro weniger

aus der Diskussion:

- Wie ist der Zusammenhang mit weniger Abforderung aus zentralen Wahlkampffond und Abrechnung? → es sind noch 40.000 EUR im Wahlkampffond für den LV Sachsen; es wurde nicht mehr abgefragt, u.a. deswegen, weil der Dialog für Sachsen weniger gekostet hat
→ die Einnahmen/Ausgaben (wahlkampfbezogen) sind 2015 nicht mit inbegriffen
- Sind die Spenden in Wahlkampfzeiten höher als in Nicht-Wahlkampfzeiten? Wenn ja, warum sind die Spendeneinnahmen wieder so hoch verplant? → im Wahljahr kommen immer mehr Spenden; die MandatsträgerInnen-Rückzahlungen stehen aber größtenteils noch aus und werden 2015 folgen
- Parteiliteratur i.H. von 8.000 Euro sinnvoll? → es gibt diverse Zeitungsabos; das gehört mit zu überdenken
- wir haben in den letzten Jahren nicht mit unserem Geld rumgeprasst, sondern sinnvoll gewirtschaftet; Wo soll gekürzt werden?
- für 31.01. werden Vorlagen benötigt, die klären, wie künftig weiter geplant/ausgegeben/gespart werden soll
- Wie hoch ist das Guthaben im zentralen Wahlkampffond? → 40.000 EUR
- Wenn wir Wahlkampfkosten-Rückerstattung bekommen und diese Summe in den zentralen Wahlkampffond überweisen, ist dann diese Summe +40.000 im Fond? → Ja
- Variante Fabian: siehe vorheriger Punkt + mittelfristige Aufgabe für die Partei, wie 20.000 Euro pro Jahr zu ersparen oder zu erwirtschaften sind → nur in Abstimmung mit den Kreisverbänden möglich; nur 50%ig geteilt mit den Kreisverbänden
- große Beunruhigung über den finanziellen Zustand 2014, obwohl bei der letzten Klausur alles relativ in Ordnung aussah; Woher die 'Planungsprobleme'? → Ja, es muss besser geplant werden; der größte Einsparungsposten 2014 zu 2015 ist das Personal mit -140.000 EUR; zukünftig muss außerdem überdacht werden, ob wir wirklich so viel Geld für Kleinwerbemittel ausgeben wollen; Wahlkampf-Kostenpunkte sollten auf Effektivität geprüft werden
- als Landesvorstandsmitglied muss man sich auf Korrektheit der Pläne verlassen können → Ja, es muss besser geplant werden
- Fahrtkosten-/Übernachungskosten-Erstattung ist eine Grundvoraussetzung z.B. von Hartz-4-EmpfängerInnen; Warum nicht MandatsträgerInnen-Beiträge erhöhen? Können Übernachtungen selbst übernommen werden (außer bei Bedürftigen)?
- Warum in 2015 mehr Geld für Parteitage, obwohl kein Wahlkampf? → 2014 wurden Parteitage teilweise über den Wahlkampf finanziert; sind nicht nur Landesparteitage; hier laufen auch Bundesparteitage und Landesjugendtage drunter; nächster Landesparteitag mit Landesvorstands-Wahlen und Satzungsfragen
- Warum hat bspw. NRW so viel MandatsträgerInnen-Beiträge? Warum machen wir das nicht auch? → Probleme mit Bundestagsverwaltung; wird eventuell gerichtlich geklärt; das System aus NRW sollte nicht übernommen werden; ob das System zulässig ist, entscheiden nicht wir, sondern das Gericht

- niemand korrigiert freiwillig Parteibeiträge nach, weil man es vergisst; Beitragsehrlichkeit (-korrektur) würde hier viel mehr bringen → Widerspruch; in Nordwestsachsen wird über dem Durchschnitt bezahlt; der pauschale Satz stimmt so nicht; wir haben den Anspruch 'jeder kann mitmachen – unabhängig vom Geldbeutel'
 - gespart werden kann realistisch nur bei der politischen Arbeit; nicht mehr beim Geschäftsbetrieb
 - in die Vereinbarung mit den KandidatInnen muss reingeschrieben werden, dass, wenn sie gewählt werden, auch beim darauffolgenden Wahlkampf finanziell (nicht nur in ihrem Wahlkreis) zu beteiligen)
 - jede Rückspende von Fahrtkosten oder Übernachtungen hilft der Partei
 - Tarifverhandlungen für die nächsten 3 Jahre abgeschlossen: 2015: Gehaltsgruppe 1-4: + 100 EUR; Gehaltsstufe 5-8: + 1,7 %; 2016: Einmalzahlung 400 EUR; 2017: Gehaltsgruppe 1-4: +2 %, Gehaltsgruppe 5-8: + 1,7 %
 - die Kleinzeitungen sind zu überdenken (durchgängig oder z.B. anlassbezogen)
 - Zentralisierung von Finanzen; auf Landesebene holen
- zur Kenntnis genommen

TOP 8 – Arbeitsplan des Landesvorstandes 2015 DS 4 – 237

Antje Feiks:

- die ersten Beratungen sind sehr voll
- vieles durch externe Termine vorgegeben
- Ergänzungen bitte an die Landesgeschäftsstelle schicken (wird als Fortschreibungsdokument fortgeführt)

→ zur Kenntnis genommen

TOP 9 – Sonstiges:

Umsetzung Entscheidungen Links! DS 4 – 246

Thomas Dudzak informiert:

- es gab das erste HerausgeberInnen-Treffen
- 'Zeitung sollte an alle Mitglieder verschickt werden', wurde wohlwollend aufgenommen
- zukünftig 10 Ausgaben; Parteiteil zukünftig ggf. nur in 6 Ausgaben
- Umstellung des Vertriebsweges in Durchführung; neuer Verschickung ggf. erst ab Februar oder März

aus der Diskussion:

- LV bezahlt weiterhin Kosten für Versand von 6 Ausgaben; die Kostenübernahme für die anderen Ausgaben sollten die anderen Herausgeber ran (wird geprüft)
- Prüfung von alternativen (digitalen) Versand-Möglichkeiten

→ zur Kenntnis genommen

Regionalprinzip der Abgeordneten

Sarah Buddeberg informiert:

- Abgeordnetengemeinschaft hat Bewerbungsgruppe eingesetzt
- 84 Bewerbungen auf 4 Stellen; pro Stelle wurden 4 BewerberInnen eingeladen
- ab 01.01.2015 für die Region Chemnitz wurde Marika Tändler-Walenta und für die Region Dresden Mirko Schöffner eingestellt
- Region Lausitz: keine einheitliche Entscheidung getroffen; Kompromiss 2 x 15h-Stellen zzgl. Aufstockung; Felix Muster und Katrin Korts
- Region Leipzig: keine einheitliche Entscheidung getroffen; steht noch aus

aus der Diskussion:

- schön, dass die Abgeordnetengemeinschaft diese Hürde gemeistert hat
- Mirko Schultze ist Geschäftsführer für alle RegionalmitarbeiterInnen
- Dank an die Bewerbungsgruppe der Abgeordnetengemeinschaft für ihr Durchhalten

Info zu Schiedsverfahren

nicht behandelt

SL Sachsen DS 4 – 239

Antje Feiks:

- Antrag der sozialistischen LINKE sollte nur zur Kenntnis genommen werden
- der Landesvorsitzende sollte sich nachträglich über das Verbot der PKK positionieren

→ zur Kenntnis genommen

TOP 10 – Übersicht über die Landesweiten Zusammenschlüsse zum 31.12.2014 DS 4 – 238

Antje Feiks:

- wir haben 31 Zusammenschlüsse (SorblInnen per Landesparteitagsbeschluss)
- ungeklärte Frage: LAG Frieden und Internationale Politik (Frage nach Eingangsfrist)
- LAG hat darum gebeten, die Fristfrage dem Mitwirkungsbedürfnis entsprechend auszulegen
- Frage wurde an die Satzungskommission gegeben; die die Satzung eindeutig interpretieren soll
- für LAG entstehen keine finanziellen Nachteile

aus der Diskussion:

- es gibt gerade eine Satzungskommission, an die sich bei Fragen gewendet werden kann
- die Führung der FIP hat Unterlagen 1/2 Jahr rumliegen lassen; Beschwerden mit der Begründung 'Mitwirkung' sind da etwas heikel

→ zur Kenntnis genommen

TOP 11 – Änderung der Geschäftsordnung des Landesvorstandes DS 4 – 001 – 2

Antje Feiks:

- Drucksache ist Resultat aus der Klausurtagung im November 2014

→ bei einer Enthaltung beschlossen

TOP 12 - Entsendung Kommission politische Bildung DS 4 – 234

Nicht behandelt; wird auf die nächste Landesvorstandssitzung geschoben

Wiederbelebung Arbeitsgruppen DS 4 – 235

Nicht behandelt; wird auf die nächste Landesvorstandssitzung geschoben

TOP 13 - Vorbereitung Satzungskonvent / Satzungszwischenkonferenz DS 4 – 243

Nicht behandelt; wird per Umlaufverfahren beschlossen

TOP 14 - Sommerakademie 2015 DS 4 – 233

Nicht behandelt; wird per Umlaufverfahren beschlossen

Mentoringprogramm DS 4 – 241

Nicht behandelt; wird per Umlaufverfahren beschlossen

f.d.R.

Dresden, 16. Januar 2014



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin